

Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz

Gianni D'Amato, Damir Skenderovic

Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse

Das Forschungsprojekt untersucht die Entwicklung rechtspopulistischer Parteien von den frühen 1980er bis zu den frühen 2000er Jahren. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Interdependenz zwischen diesen Parteien und der Migrationspolitik in der Schweiz. Mit Hilfe der Untersuchung der eidgenössischen Migrationspolitik in den letzten zwanzig Jahren soll der konkrete Einfluss rechtspopulistischer Parteien auf die verschiedenen Modalitäten der Migrationspolitik erfasst werden.

Das Forschungsprojekt legte zum einen den Schwerpunkt auf die Analyse der strukturellen und elektoralen Entwicklung rechtspopulistischer Parteien sowie ihrer Positionen zu Migrationsfragen. Zum anderen standen die Rolle dieser Parteien in der schweizerischen Migrationspolitik sowie die Interdependenz zwischen ihren migrationspolitischen Interventionen und Argumentationen und der von etablierten Parteien und Behörden getragenen Migrationspolitik im Vordergrund. Die empirischen Daten wurden mit Hilfe einer Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden erhoben. Einerseits wurden Quellen und Dokumente analysiert sowie Zeitzeugen befragt. Dies geschah in der Absicht, sowohl die Entwicklung und Organisationsstruktur dieser Parteien als auch die Reaktionen anderer Parteien, der Verwaltung und Exekutive im politischen Aushandlungsprozess hermeneutisch rekonstruieren zu können. Andererseits wurden quantitative Daten beigezogen, um den elektoralen Erfolg der rechtspopulistischen Parteien und die Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft nachzeichnen zu können.

Die Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in der Schweiz seit den 1960er Jahren lässt sich in drei Phasen einteilen. In der Vorphase von 1961 bis 1979 schufen die vier rechtspopulistischen Splitterparteien Nationale Aktion, Vigilance, Schweizerische Republikanische Bewegung und Eidgenössisch-Demokratische Union ihre strukturellen Grundlagen und trugen mit ihren Aktivitäten dazu bei, wie Migration wahrgenommen und diskutiert wurde. In der zweiten Phase von 1979 bis 1991, in den so genannten „langen 1980er Jahren“, verstärkte sich mit der Gründung der Autopartei Schweiz und der Lega dei Ticinesi die traditionelle Diversifikation des rechtspopulistischen Lagers. Obwohl die rechtspopulistischen Splitterparteien eine Revitalisierung in Wahlen und Volksabstimmungen erlebten, blieben sie weiterhin Paria-Akteure im schweizerischen Parteiensystem. In der dritten Phase seit 1991 fanden grundlegende Veränderungen im rechtspopulistischen Parteienlager statt. Durch ihre programmatische Radikalisierung und strategische Neuorientierung wandelte sich die Schweizerische Volkspartei (SVP) zu einer rechtspopulistischen Partei. Der „neuen“ SVP gelang es, die Splitterparteien weitgehend zu verdrängen und damit ein hohes Mass an Kohäsion im rechtspopulistischen Parteienlager zu erreichen. Die Splitterparteien und die „neue“ SVP wussten verschiedene politisch-institutionelle Gelegenheitsstrukturen zu nutzen. Insbesondere die Volksabstimmungen erwiesen sich als wichtige Mobilisierungsmomente. Im Vergleich zu den Splitterparteien verfügte die „neue“ SVP über bessere Voraussetzungen im Bezug auf organisatorische Strukturen, finanzielle Ressourcen und parteiinterne Kohäsion. Dank Professionalisierung der Parteiorganisation, Vereinheitlichung der Kampagnen und leaderorientierter Parteiführung erreichte sie eine für die Schweiz aussergewöhnliche Nationalisierung der Partei. Mit der Anwendung einer „winning formula“, die nationalistische und identitätspolitische Positionen in Debatten zur Migrations- und Europapolitik mit einer neoliberalen Wirtschafts- und Steuerpolitik verband, konnte sie verschiedene Wählersegmente ansprechen. Zudem gereichte der „neuen“ SVP ihr „historisches Kapital“ als Konkordanzpartei zum Vorteil, und die anderen Parteien begeben sich mit einer Integrationsstrategie, was der politischen Tradition

des schweizerischen Konkordanzsystems entsprach und der „neuen“ SVP politische Legitimität verschaffte.

In Bezug auf die Migrationspolitik – dem zweiten Thema der Studie – konnte nach der Ölkrise 1974 ein Bedeutungsverlust des Migrationsthemas festgestellt werden, der die Reformkräfte im Parlament dazu animierte, neue Vorstösse in der Ausländer-, Integrations- und Einbürgerungspolitik zu lancieren. Allerdings engagierten sie sich in den 1980er Jahren nicht entschieden genug, und ihre Vorlagen erwiesen sich als Steilpässe für eine Revitalisierung der rechtspopulistischen Splitterparteien. Diese schafften mit Appellen an das bedrohte „Schweizertum“ bemerkenswerte elektorale Gewinne und Abstimmungsergebnisse auf Städte-, Kantons- und Bundesebene. Die Entwicklung verleitete die etablierten Bundesratsparteien dazu, die Ausländerpolitik weiterhin korporativ auszuhandeln und in Bezug auf Reformen Zurückhaltung zu üben. Sie wollten dadurch das Risiko einer Vetopolitik vermeiden, die das ganze System in eine unkontrollierbare Situation hätte führen können. Dies galt insbesondere für die auch aussenpolitisch bedeutsame Asylpolitik, bei der das diffizile Gleichgewicht zwischen der Bewahrung der Asyltradition und deren Legitimierung gegenüber der Bevölkerung aufgrund einer radikalen, erfolgreichen Mobilisierung von rechts längst ins Wanken gebracht worden war. Der Bundesrat wollte die Kritik der Parteien durch administrative Konzessionen auffangen, um nicht das Diskursprimat auf diesem Terrain zu verlieren. Andererseits vermochte aber auch die Annahme der doppelten Staatsbürgerschaft Ende der 1980er Jahre die politische Lähmung in der Migrationspolitik nicht zu kaschieren, und die ausgebliebenen Reformen wurden in die 1990er Jahre verschoben.

In den migrationspolitischen Debatten und Entscheidungsprozessen der 1990er und 2000er Jahre war es vor allem die „neue“ SVP, die dank ihrer Bedeutung als Wähler-, Regierungs- und Abstimmungspartei aus einer Position der Stärke agierte. Sie erzielte eine indirekte Wirkung, indem sie durch provokative Kampagnen Migration als „high profile“-Thema auf der nationalen politischen Agenda hielt und die Themenprioritäten setzte. Auf diese Weise erreichte die „neue“ SVP eine breite Diffusion ihrer migrationspolitischen Agenda, die nicht nur Migration in erster Linie als Problem- und Konfliktbereich darstellte, sondern auch mit kulturalistisch-differentialistischen Argumenten die Unterschiede zwischen Migrationsgruppen und einheimischer Bevölkerung betonte und auf eine Ausgrenzung vor allem von „kulturfremden“ EinwanderInnen abzielte. Zudem operierte sie mit dem im Staatswesen der Schweiz bisher schlummernden Spannungsverhältnis, das zwischen der Garantie rechtsstaatlicher Verfahren und direktdemokratischer Souveränität besteht. Die Invektiven der SVP fanden den Kulminationspunkt in der Auseinandersetzung um die Asylpolitik. Insbesondere die „Missbrauchsmetapher“ nutzte die SVP als diskursives Vehikel, um mit Erfolg die Figur des „liederlichen“ Asylbewerbers zu evozieren, der es sich auf Kosten des steuerzahlenden Bürgers gut gehen lasse. Eine direkte Wirkung erreichte die „neue“ SVP in Entscheidungsprozessen zu Migrationsfragen, wo sie ihre plebiszitäre Veto-Macht erfolgreich nutzte (z.B. Bürgerrechtsvorlagen 2004) und vom Druckpotential der direkten Demokratie, der Annäherung der Mitte-Rechts-Parteien und der exekutiv-administrativen Schlüsselrolle von Bundesrat Christoph Blocher profitierte (z.B. neues Ausländergesetz und Asylgesetzrevision 2006).

Projektdauer: 1.2.2004–31.1.2007

Dr. Gianni D'Amato
Swiss Forum for Migration and Population
Studies at the University of Neuchâtel
Rue St-Honoré 2
2000 Neuchâtel
Tel. +41 (0) 32 718 39 20
gianni.damato@unine.ch

Damir Skenderovic
Institut für Zeitgeschichte
Universität Freiburg
Rue de l'Hôpital 3
1700 Fribourg
Tel. +41 (0) 26 300 79 35
damir.skenderovic@unifr.ch